

Liebe Kolleginnen,
verehrte Leserinnen und Leser,

am Sonntag fanden in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz zwei wichtige Landtagswahlen statt. Der tolle Erfolg der CDU in Sachsen-Anhalt, wieder die Regierung in einer großen Koalition anführen zu können, konnte sich leider nicht wiederholen. Dabei hat unser Mitglied Julia Klöckner in Rheinland-Pfalz großartige Arbeit geleistet und den seit 22 Jahren im Amt verweilenden Ministerpräsidenten und seiner Partei deutlich die Fassung verlieren lassen. Auch das Ergebnis in Baden-Württemberg ist angesichts der Rahmenbedingungen letztendlich respektabel. Es wird sich zeigen, wie es der neuen Regierung gelingen wird, ihre überzogenen Wahlversprechen wieder einzufangen.

Darüber hinaus berichten wir in dieser Ausgabe von unserem Salongespräch mit dem Präsidenten des Deutschen Fußball-Bundes (DFB), Dr. Theo Zwanziger, und Steffi Jones, der Präsidentin des Organisationskomitees der Frauen-Fußball-Weltmeisterschaft 2011. Einen Rückblick gibt es auf unser Gespräch mit der renommierten Soziologin Dr. Necla Kelek, mit der wir über Integration und Islam in Deutschland sprachen.

Viel Spaß beim Lesen wünscht
Ihre

J. Beckmeid

GDF- AKTUELL



100 Jahre Weltfrauentag am 8. März 2011

Vor 100 Jahren feierte der Weltfrauentag seine Geburtsstunde. Seither wurde viel für die Rechte der Frauen erreicht. Diese Erfolge machen stolz, sind aber zugleich Ansporn, um die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen zu bewältigen. Es gibt bei der Gleichstellung von Frauen und Männern noch viel zu tun! Die Koalitionsfraktionen haben daher einen Antrag (Drs.17/4860) im Deutschen Bundestag eingebracht. Ziel dieses Antrags sind weitere Fortschritte bei der wirtschaftlichen Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland. Union und FDP streben unter anderem die Überwindung des Lohngefälles und die Entwicklung eines Stufenplans für mehr Frauen in Vorständen und Aufsichtsräten an.

Equal Pay Day: Gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit

Der Aktionstag „Equal Pay Day“ findet jährlich statt – in diesem Jahr am 25. März. Das Datum markiert den Zeitraum, den Frauen über den Jahreswechsel hinaus arbeiten müssten, um auf das durchschnittliche Vorjahresgehalt von Männern zu kommen. In Deutschland verdienen Frauen durchschnittlich 23 Prozent weniger als Männer. Mit verschiedenen Programmen unterstützt die Bundesregierung die Beseitigung von Lohnunterschieden. Unternehmen und Gewerkschaften sind dringend aufgerufen, den Dialog weiter zu verstärken, Rollenklischees abzubauen und Unterschiede in der Entlohnung zu beseitigen.

100 Jahre Weltfrauentag

Gemeinsam die Hürden nehmen – für einen verbindlichen Stufenplan!

Von Nadine Schön



Nadine Schön MdB

Liebe Leserinnen und Leser,

noch immer sind Frauen an den Schalthebeln der Privatwirtschaft völlig unterrepräsentiert. So sind nur circa zwölf Prozent der Aufsichtsratspositionen und nur etwa drei Prozent der Vorstandsposten deutscher Unternehmen in weiblicher Hand. In Führungspositionen der öffentlichen Verwaltung sieht es nicht viel besser aus. Das ist nicht nur gleichstellungspolitisch inakzeptabel, sondern schadet auch den Firmen selbst. Gemischte Teams sind in ihrer Arbeit erfolgreicher, als nur mit Männern besetzte Entscheidungsgremien.

Die Unternehmen müssten demnach ein originäres Interesse haben, den Anteil von Frauen in Leitungspositionen zu erhöhen. Doch bislang haben sie das kaum getan. Die Ergebnisse zehn Jahre nach der freiwilligen Selbstverpflichtung von 2001 sind mehr als bescheiden. Zwar stellen wir fest, dass sich in der Einstellung der männlichen Entscheidungsträger etwas zu ändern scheint, doch diese Änderungen vollziehen sich nur schleppend und zu langsam. Der Women-on-Board-Index der Initiative „Frauen in die Aufsichtsräte e.V.“ zeigt uns aktuell den Stand in den einzelnen Unternehmen und wird uns zukünftig über den Fortgang genau berichten.

Im Jahr 2011, zum 100. Jubiläum des Weltfrauentages, liegen die Lösungsvorschläge auf dem Tisch: Die Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat einen Stufenplan zur sukzessiven Einführung einer Quotenregelung beschlossen. Dieser gibt den Unternehmen noch Zeit, freiwillig zu handeln, zieht dann aber auch die gesetzlichen Zügel an. Dies ist eine gute Grundlage, um zusammen mit den zuständigen Ministerinnen ein geeignetes Maßnahmenpaket zu schnüren. Gemeinsam müssen wir daran arbeiten, dass schon bald die 30-Prozent-Hürde genommen wird!

Stufenplan der Gruppe der Frauen

Der Ausgestaltung eines Stufenplans haben sich die Mitglieder der Gruppe der Frauen auf ihrer Klausurtagung am 1. Juli 2010 in Berlin gewidmet und folgenden Beschluss gefasst:

Stufe 1 Umsetzung von verbindlichen Berichtspflichten und transparenten Selbstverpflichtungen. Eine gesetzliche Regelung wird noch im Jahr 2010 auf den Weg gebracht.

Stufe 2 Alle mitbestimmungspflichtigen Unternehmen sollen durch Selbstverpflichtungen bis zum Jahr 2014 den Frauenanteil in Führungspositionen und Aufsichtsräten auf mindestens 30 Prozent steigern.

Stufe 3 Sollte dies bis 2014 nicht umgesetzt sein, werden die Unternehmen gesetzlich verpflichtet, den Anteil von Frauen in Führungspositionen und Aufsichtsräten bis spätestens 2018 auf mindestens 30 Prozent zu steigern.

Langfristiges Ziel ist es, dass sich der jeweilige Anteil von Frauen und Männern in der Bevölkerung auch in Führungspositionen widerspiegelt.



Der Vorstand der Gruppe der Frauen mit Friede Springer.(v.l.)
Daniela Raab MdB, Katharina Landgraf MdB, Rita Pawelski
MdB, Friede Springer, Elisabeth Winkelmeier-Becker MdB und
Nadine Schön MdB

Dr. h.c. Friede Springer

Verlegerin und Stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende des Springer- Verlages

Im vergangenen Jahr hatte die Gruppe der Frauen die besondere Ehre, Friede Springer in ihrer Mitte begrüßen zu dürfen. Die stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende des Springer Verlages hatte sich einen ganzen Abend Zeit genommen, um mit den Abgeordneten über das Thema „Frauen in Führungspositionen“ zu diskutieren. Nebenbei „plauderte“ die erfolgreiche Unternehmerin auch aus ihrem Leben und gab ihre Erfahrungen weiter.

Im Nachgang zu dem Salongespräch hat die Gruppe der Frauen Friede Springer gebeten, unsere Fragen zu beantworten. Hier ihre Antworten:

Liebe Frau Springer...

...was ist für Sie moderne Frauenpolitik?

Ich glaube nicht, dass es prinzipiell eine besondere Frauenpolitik gibt. Es gibt nur gute oder schlechte Politik. Im Allgemeinen aber sind Frauen – auch in der Politik – pragmatischer und sensibler.

Was ist für Sie moderne Familienpolitik?

Moderne Familienpolitik ist die, die Ursula von der Leyen vor Jahren eingeführt hat.

Was wünschen Sie sich von der Gruppe der Frauen?

Sichtbarer werden in allen Bereichen.
Echte „Frauenpower“ zeigen und mehr Einfluss nehmen in der Regierung.



Die Gruppe der Frauen mit Friede Springer (Mitte)

Frauenfußball WM 2011 – Dr. Theo Zwanziger und Steffi Jones zu Gast in der Gruppe der Frauen

Natürlich interessieren sich Frauen für Fußball – besonders, wenn eine Weltmeisterschaft im eigenen Land vor der Tür steht. Im Vorfeld der Frauenfußball WM 2011 hatte die Gruppe der Frauen zusammen mit dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, den Präsidenten des Deutschen Fußballbundes, Dr. Theo Zwanziger, die Präsidentin des WM-Organisationskomitees, Steffi Jones und Bärbel Wohlleben, erste Torschützin des Monats in der ARD-Sportschau, zu einem Gespräch eingeladen. Dr. Theo Zwanziger informierte über die Förderung des Frauenfußballs in Deutschland sowie seine erfolgreichen Bemühungen, die Frauen-WM 2011 nach Deutschland zu holen. Steffi Jones, die für die Organisation des Groß-Events zuständig ist, berichtete, dass die Planungen und auch der Kartenverkauf gut laufen. Sie erwartet eine erfolgreiche WM. Darüber hinaus schilderte Steffi Jones, wie es ist, wenn „Frau“ einen eher Männern zugesprochenen Sport sehr erfolgreich ausübt. Abschließend berichtete die Fußball-Pionierin Bärbel Wohlleben von den Anfängen des professionellen Frauenfußballs in Deutschland.



DFB-Präsident Dr. Theo Zwanziger, OK-Präsidentin, Steffi Jones, Vorsitzende der Gruppe der Frauen, Rita Pawelski (am Pult) und die erste Torschützin des Monats in der Sportschau Bärbel Wohlleben. (v.l.n.r.)

Im Gespräch mit Dr. Necla Kelek – Islam in Deutschland



Die Gruppe der Frauen mit Necla Kelek (4.v.rechts)

Die Soziologin Dr. Necla Kelek ist bekannt für ihre klaren Worte, wenn es um die Themen „Integration“ und „Islam in Deutschland“ geht. Im Januar war sie in der Gruppe der Frauen zu Gast, um mit den Mitgliedern über ihre Haltung zum Islam in Deutschland, zur Integrationspolitik und die Islamkonferenz zu diskutieren.

Die Abgeordneten erhielten dabei einen interessanten Einblick in die unterschiedlichen Facetten des Themas und die teilweise unglaublichen Erfahrungen, die Dr. Necla Kelek bei ihrer Arbeit gemacht hat.

Insbesondere machte sie auf ein Integrations-Faltblatt aufmerksam, das die rheinland-pfälzische SPD-Landesregierung herausgegeben hat und das – zu Recht – von der dortigen CDU-Spitzenkandidatin Julia Klöckner kritisiert wird. Dr. Kelek wies darauf hin, dass dieses Blatt keineswegs zur Integration beitragen würde. Eine falsch verstandene Toleranz, die bestimmte Gruppen unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit einfach „machen lassen“, sei in den Integrationsbemühungen eher kontraproduktiv. Sie kritisierte, dass im Infoblatt besondere Rücksichten auf islamische Feiertage und getrennten Schulsport gefordert werden und vermutet, dass die Landesregierung Rheinland-Pfalz auf sehr orthodoxe Muslime reagierte, die so in Deutschland unter der Tarnkappe „Religionsfreiheit“ den Integrationsbemühungen entgehen wollen. Lob gab es von ihr zu den klaren Worten von Julia Klöckner zu dieser Problematik. Die Gruppe der Frauen wird sich auch weiterhin intensiv mit dem Thema „Integration“ befassen und freut sich auf den nächsten Besuch von Dr. Necla Kelek.

Ministerin Aygül Özkan

Die niedersächsische Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration, Aygül Özkan, war im November Gesprächsgast in einer gemeinsamen Veranstaltung der Gruppe der Frauen mit der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Aygül Özkan ist die erste Ministerin mit Migrationshintergrund. Besonders interessiert waren die Abgeordneten an den Einschätzungen der Ministerin zur Pflege von Menschen mit Migrationshintergrund, der Anerkennung von ausländischen Abschlüssen und zu Familienhebammen.



v.l. Vorsitzende der Gruppe der Frauen, Rita Pawelski MdB, Ministerin Aygül Özkan, Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe Peter Weiß

Vorstand des Deutschen Frauenrats besuchte die Gruppe der Frauen

Mit der wiedergewählten Präsidentin des Deutschen Frauenrates, Marlies Brouwers, sowie dem weiteren Vorstand des Frauenrats sprachen wir über Minijobs, mehr Frauen in Führungspositionen und die Ausbildungssituation von Frauen. Der Frauenrat lobte unseren Stufenplan zu mehr Frauen an den Schalthebeln der Wirtschaft. Der enge Gesprächskontakt zwischen dem Deutschen Frauenrat und der Gruppe der Frauen wird zukünftig weiter verstärkt.

Treffen mit den Frauen der FDP

In der letzten Sitzung vor Weihnachten nutzten die Frauen der CDU/CSU und FDP die seltene Gelegenheit, das Jahr in einer gemeinsamen Gesprächsrunde ausklingen zu lassen. Als besonderes Schmankerl stellte die Jung-Autorin Sandra Winkler in einer Kurzlesung ihr neuestes Werk „Männerpolitik“ vor. In gelöster weihnachtlicher Atmosphäre konnten die Parlamentarierinnen der Koalitionsfraktionen das gemeinsame Regierungsjahr Revue passieren lassen und gemeinsame Pläne für 2011 schmieden.

Ein Tag in Paris - Expertenkommission „Gleichstellung von Frauen und Männern 2011“

Im Rahmen der deutsch-französischen Zusammenarbeit entsandte im Januar 2011 die Geschäftsführung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine kleine Expertenkommission aus der Gruppe der Frauen nach Frankreich. Aufgabe war es, mit der französischen Kollegin Marie Jo Zimmermann ein Eckpunktepapier zur Gleichstellungspolitik zu erarbeiten, das im Februar 2011 gemeinsam von der französischen Schwesterpartei UMP und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Paris abschließend beraten und verabschiedet wurde. Da die Terminkalender aller Beteiligten mal wieder übertoll und die Zeit damit eng bemessen war, reiste die Gruppe an einem Tag nach Paris und zurück...leider...



v. l. stellv. Fraktionsvorsitzende Ingrid Fischbach, Marie Jo Zimmermann, Frauenpolitische Sprecherin Dorothee Bär, Vorsitzende der Gruppe der Frauen Rita Pawelski

Zeit des Handelns: Frauen nach vorn!

Von Prof. Dr. Maria Böhmer MdB

Mehr Frauen in Führungspositionen in der Wirtschaft – das ist derzeit das Top-Thema rund um den Internationalen Frauentag. Vor einem Jahr haben wir mit dem FU-Vorstandsbeschluss „Gleichberechtigung beim Entgelt und in Führungspositionen“ hierzu wichtige programmatische Impulse gegeben. Gemeinsam mit der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sind wir uns einig, dass in nächster Zeit der Anteil der Frauen in Führungspositionen spürbar ansteigen muss. Zur Durchsetzung dieser Zielsetzung fordern wir auch gesetzliche Regelungen. Die FU begrüßt die Ankündigung eines Stufenplans von Bundesfrauenministerin Kristina Schröder für eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen.



Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer MdB
Bundvorsitzende der Frauen Union

Konkret fordert die Frauen Union der CDU:

- Im Jahr 2013 werden zahlreiche Aufsichtsratsmandate neu besetzt. Unternehmen müssen die Zeit bis dahin gezielt nutzen, den Frauenanteil in ihren Führungsgremien deutlich zu erhöhen. Ziel ist ein 30 Prozent-Anteil, zumindest aber eine Verdreifachung des jeweiligen Ist-Standes.
- Sollte dieses Ziel nicht erreicht werden, soll automatisch eine gesetzliche Regelung greifen, die Unternehmen verpflichtet, den Frauenanteil zu erhöhen. Die Einhaltung muss überprüft und die Nichteinhaltung sanktioniert werden.
- Unser Ziel sind 30 Prozent Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen. In einer nächsten Stufe streben wir an, dass beide Geschlechter zu mindestens je 40 Prozent in Aufsichtsräten vertreten sind.

Verbesserungen für Frauen in Krisen- und Kriegsgebieten

Die Frauen Union der CDU fordert die Verabschiedung eines Nationalen Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Resolutionen 1325 und 1820. Frauen werden in vielen Krisengebieten zur Zielscheibe von Gewalt. Sexuelle Gewalt wird als Mittel der Kriegsführung eingesetzt und die Täter werden selten zur Verantwortung gezogen. Wir wollen die Situation von Frauen in Krisengebieten verbessern.

Die Aufrechterhaltung des Alltagslebens in Krisen- und Kriegsgebieten ist fast ausschließlich die Aufgabe der Frauen. Dies versetzt sie in die Lage zu beurteilen, welche spezifischen Erfordernisse für dauerhaften Frieden und den Wiederaufbau der gesellschaftlichen Strukturen nach einem Konflikt notwendig sind. Daher müssen sie an den Strategien und Entscheidungen beim Wiederaufbau einer Gesellschaft nach Ende des Konflikts beteiligt werden.

Der Nationale Aktionsplan soll folgende Punkte berücksichtigen:

- Ahndung des sexuellen Missbrauch von Frauen in allen Ländern, in denen Friedenskorps stationiert sind
- Beteiligung von Frauen auf allen Entscheidungsebenen in allen Gremien und Organisationseinheiten, die mit friedensstiftenden oder friedenserhaltenden Maßnahmen betraut sind.
- Integration der Genderfrage in die Ausbildung des Personals aller Friedensmissionen

Koalition sagt Zwangsverheiratung den Kampf an

Von Ute Granold MdB

Zwangsverheiratung ist eine moderne Form der Sklaverei. Die Freiheit zu entscheiden, ob – und wenn ja, mit wem – man eine Ehe einget, ist essenzieller Bestandteil der Menschenwürde, des allgemeinen Persönlichkeitsrechts und der Handlungsfreiheit. Es ist dem Gesetzgeber nicht nur verwehrt, dieses Recht einzuschränken, die objektive Schutzfunktion der Grundrechte verpflichtet ihn vielmehr, betroffene und potentielle Opfer auch vor Dritten zu schützen und alle hierfür erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen.



Ute Granold MdB

Mit Verweis auf tatsächliche oder vermeintliche kulturelle Besonderheiten und Traditionen wurde dem Problem der Zwangsverheiratung viel zu lange nicht die erforderliche Aufmerksamkeit geschenkt oder mit falscher Toleranz begegnet. Dies ist angesichts des großen Leids, das die Opfer durch diese schwere Menschenrechtsverletzung erfahren, kaum zu entschuldigen und erfordert jetzt umso effektivere Maßnahmen, um den Opfern bzw. potentiellen Opfern nachhaltig zu helfen.

Die christlich-liberale Koalition hat jetzt das Gesetz zur Bekämpfung der Zwangsheirat und zum besseren Schutz der Opfer von Zwangsheirat (BT-Dr 17/4401) auf den Weg gebracht. Im Bereich des Strafrechts sieht das Gesetz die Schaffung eines eigenen Straftatbestands „Zwangsheirat“ vor. Damit die Opfer besser vor Zwangsehen geschützt sind, sollen sie zudem künftig ein eigenständiges Wiederkehrrecht erhalten.

Da optimierte Gesetze und effiziente Strukturen gleichermaßen wichtig sind, müssen wir jetzt parallel die Präventionsarbeit sowie die Beratung und Betreuung der Opfer stärken. Das sind wir den Opfern schuldig.

Kurz-Information zum Gesetz zur Bekämpfung der Zwangsheirat

Wer Frauen und Mädchen zu einer Zwangsheirat nötigt, wird künftig mit bis zu fünf Jahren Haft bestraft. Der Bundestag beschloss an 17.03.2011, dies als neuen Tatbestand im Strafgesetzbuch zu verankern. Neu ist in dem Gesetz das Recht zur Wiederkehr für Frauen, die nach ihrer zwangsweisen Verheiratung verschleppt wurden. Zudem werden sogenannte Scheinehen stärker bekämpft, die von Ausländern nur geschlossen werden, um in Deutschland leben zu können.

Um den Anreiz zu Scheinehen zu mindern, gibt es künftig beim Scheitern der Ehe ein eigenständiges Aufenthaltsrecht erst nach drei und nicht wie bisher nach zwei Jahren. Weiter wird festgelegt, dass Ausländer nur dann eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung erhalten, wenn sie einen Integrationskurs erfolgreich bestehen. Geduldete ausländische Jugendliche zwischen 15 und 21 Jahren können künftig ein eigenständiges, unbefristetes Aufenthaltsrecht bekommen, wenn sie nachweislich gut integriert sind.

Das tunesische Volk verdient all unsere Unterstützung – wenn es uns fragt

Von Sybille Pfeiffer MdB



Sybille Pfeiffer MdB

Die Menschen in Tunesien waren die Ersten in der arabischen Welt, die den Mut hatten, gegen ihr Regime auf die Straße zu gehen und für ihre Freiheit und politischen Rechte zu kämpfen. Dieser Mut verdient Anerkennung, Respekt und jegliche Unterstützung für einen stabilen Transformationsprozess hin zu einer funktionsfähigen Demokratie.

Das tunesische Volk und seine Übergangsregierung haben dazu erste wichtige Schritte auf den Weg gebracht, wie eine parteiübergreifende Einigung über einen realistischen Wahltermin, die Trennung von Staat und Partei, die Ausarbeitung eines Presse- und Wahlgesetzes oder die Freilassung aller politischen Gefangene.

Diese Schritte stimmen mich zuversichtlich, denn gerade Tunesien hat im Vergleich zu vielen anderen arabischen Ländern gute Chancen auf eine demokratische, prosperierende Zukunft: Die Jugend hat einen vergleichsweise hohen Bildungsstand, das Land verfügt über eine relativ starke Mittelschicht und die Übergangsregierung kann bis heute auf funktionierende Verwaltungsstrukturen zurückgreifen.

Daher müssen wir, aber auch die Europäische Union die historische Chance nutzen, das Land und seine Menschen auf dem Weg in eine demokratische Zukunft zu unterstützen. Als erste Sofortmaßnahmen haben wir über drei Millionen Euro für einen Demokratieförderungsfonds bereit gestellt, der unsere politischen Stiftungen und kirchlichen Hilfswerke vor Ort dabei unterstützt, die Zivilgesellschaft zu organisieren und neue, unabhängige politische Parteien mit aufzubauen. Darüber hinaus braucht gerade die Jugend dringend Arbeitsplätze und einen Ausweg aus der bisherigen Perspektivlosigkeit. Daher haben wir einen Bildungsfond für eine arbeitsmarktnahe Ausbildung von Jugendlichen in Höhe von acht Millionen Euro sowie einen Wirtschaftsfonds in Höhe von 20 Millionen Euro mit Mikrofinanzinstrumenten für kleine und mittlere Unternehmen geschaffen, die die wirtschaftlichen Entwicklung des Landes anstoßen sollen.

Das alles sind nur erste Schritte, um dem Land in seinem Demokratisierungsprozess langfristig zum Erfolg zu verhelfen. Es liegt an Tunesien selbst, ob dieser Prozess gelingen wird. Von außen werden wir das nicht erzwingen können, aber das mutige tunesische Volk verdient all unsere Unterstützung, wenn es uns fragt.

Die Gruppe der Frauen gratuliert:

Gerda Hasselfeldt

Gerda Hasselfeldt ist die neue Vorsitzende der CSU-Landesgruppe. Damit ist sie die erste Frau, die dieses Amt bekleidet. Wir freuen uns, dass eine weitere erfolgreiche Frau ein Spitzenamt übernommen hat und gratulieren dazu ganz herzlich. Für das neue Amt wünschen wir alles Gute sowie viel Erfolg!



Gerda Hasselfeldt MdB
Stellv. Fraktionsvorsitzende und Vorsitzende der CSU-Landesgruppe

Dorothee Bär

Nachwuchs in der Gruppe der Frauen: Wir gratulieren der stellvertretenden CSU-Generalsekretärin Dorothee Bär und ihrer Familie zur Geburt von Tochter Charlotte Felicitas Anna Elisabetha.

Ingrid Fischbach



Ingrid Fischbach MdB
Stellv. Fraktionsvorsitzende und Vorsitzende der Frauen Union in NRW

Die Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ingrid Fischbach, wurde mit großer Mehrheit zur neuen Vorsitzenden der Frauen Union in NRW gewählt. Die

Gruppe der Frauen gratuliert zur neuen Aufgabe und wünscht alles Gute und viel Erfolg!

Sibylle Pfeiffer

Sibylle Pfeiffer wurde zur entwicklungspolitischen Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewählt. Sie kann bereits auf eine langjährige Mitgliedschaft im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zurückblicken, zuletzt als stellvertretende Vorsitzende. Herzlichen Glückwunsch!

Zitat des Monats

„Es ist ein ziemlicher Skandal, dass in den 200 größten deutschen Unternehmen nur drei bis vier Prozent der Führungsjobs mit Frauen besetzt sind.“

Bundeskanzlerin Angela Merkel am 8. Februar 2011 bei einem Treffen mit Spitzenvertretern von Wirtschaft und Gewerkschaften

TERMINVORSCHAU DER GDF-SITZUNGEN

Donnerstag, 7. April 2011, 13:00Uhr:

Gespräch mit Bundesministerin Dr. Kristina Schröder

Donnerstag, 14. April 2011, 13:00 Uhr:

Girls`Day, Thema „Integration“, Gespräch mit Stadtteilmüttern und Quartiersmanagern

Donnerstag, 12. Mai 2011, 13:15 Uhr:

Gespräch mit Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer zum Thema „Integrationsgipfel und Integration in Deutschland“

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Heike Brehmer MdB

Büro Berlin
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030 - 227 72960
Fax: 030 - 227 76960
E-Mail: heike.brehmer@bundestag.de